

- Inhalt:*
- Personalratswahlen
  - Wir lassen nicht locker – Gerichtsfusion
  - Unterschriftenaktion gegen die Reduzierung der Gerichte
  - Gegendarstellung Peter Schulz
  - Lohnunterlagen aus der ehemaligen DDR
  - Kurz notiert
  - Dankesworte

## Personalratswahlen 2006

Die Vorbereitungen für die Durchführung der Personalratswahlen auf allen Ebenen sind beendet, die Termine für die Wahlen stehen fest, ebenso die Kandidaten.

Nun kommt es natürlich darauf an, dass jeder Einzelne von seinem Wahlrecht auch Gebrauch macht.

**Wer nicht zur Wahl geht, nimmt in Kauf, dass verantwortungsvolle Aufgaben nicht von denen übernommen werden können,** die im Interesse der Gesamtheit handeln wollen.

Es ist unbedingt zu verhindern, dass Kandidaten in Ämter kommen, die möglicherweise nicht mit diesem Ziele zur Wahl angetreten sind.

Ich bitte Sie deshalb sehr herzlich, von Ihrem **Wahlrecht Gebrauch** zu machen und diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich noch zögerlich verhalten sollten, ebenfalls dazu zu ermuntern, sich an der Wahl zu beteiligen.

Natürlich bitte ich Sie, die Kandidatinnen und Kandidaten der Listen mit der Bezeichnung „AG Justiz“ zu wählen und damit auch für die kommenden 4 Jahre eine kompetente, solide, tatkräftige und am Gesetz orientierte Personalratsarbeit sicherzustellen.

**Im „Abwarten und Tee trinken“ liegt nicht unsere Stärke!**

Die Kolleginnen und Kollegen der in der „AG Justiz“ vereinten Gewerkschaften sind für ihren entschlossenen Einsatz und sachlichen Umgang mit den Angelegenheiten der Beschäftigten in der Justiz bekannt und geschätzt.

**Auch für die kommenden 4 Jahre werden die Kandidaten der „AG Justiz“ Ihr Vertrauen nicht enttäuschen. Wir bitten deshalb um Ihre Stimme.**

### **Unsere Kandidaten für die Wahl zum Hauptpersonalrat beim Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg Gruppe der Angestellten**

 <p>Willi Köbke</p>	 <p>Luise Döhnert</p>	 <p>Michél Manze</p>	 <p>Nadine Groß</p>	 <p>Dörthe Hilbig</p>
JVA Wriezen Lehrer im Justizvollzug BSBD	VG Frankfurt/O. VG-Angestellte DJG	LG Cottbus Justizobersekretär DJG	STA Neuruppin Justizfachangestellte DJG	JVA Brandenburg/H. JV-Hauptsekretärin BSBD

<p><b>Kerstin Thäns</b></p>  <p>Brbg. OLG Justizoberinsp'in DJG</p>	<p><b>Jürgen Stärke</b></p>  <p>JVA Wriezen Küchenbediensteter BSBD</p>	<p><b>Anke Lücke</b></p>  <p>VG-Frankfurt/O. VG-Angestellte DJG</p>	<p><b>Sandra Heinz</b></p>  <p>AG Frankfurt/O. Systemverwalterin DJG</p>
--	--	--	--

**Weitere Kandidaten (leider ohne Bild):**

<b>Peggy Walter</b>	Leiterin Innerer Dienst	LSG Berlin-Brandenburg, DJG
<b>Steffen Glaubitz</b>	JV-Hauptsekretär	JVA Luckau-Duben, BSBD
<b>Brunhild Retsch</b>	Reg. Angestellte	ArbG Potsdam, DJG
<b>Hans-Joachim Kappe</b>	Lehrer im Justizvollzug	JVA Wriezen, BSBD

Unsere Kandidaten treten ein für die sozialverträgliche Umsetzung von Tarifvertrags- und sonstigen -vereinbarungen.

Mit Sachkompetenz und Augenmaß vertreten sie Ihre Interessen.

**Geben Sie Ihre Stimme am 16. und 17. Mai 2006 unseren Kandidaten, damit auch zukünftig sachgerechte und engagierte Arbeit geleistet werden kann!**

### Gruppe der Arbeiter







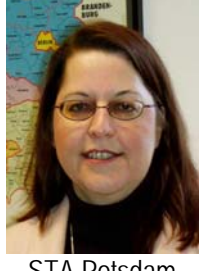



<p><b>Christian Bethke</b></p>  <p>AG Zossen Justizaushelfer DJG</p>	<p><b>Axel Baumgarten</b></p>  <p>AG Schwedt Justizwachtmeister DJG</p>	<p><b>Gudrun Háda</b></p>  <p>Brbg. OLG Justizamtsfrau DJG</p>
---	--	--

Die Kolleginnen und Kollegen der Gruppe der Arbeiter in den Dienststellen der Justiz sind die sozial schwächste Gruppe. Es ist nicht zuzulassen, dass Verwaltungsoptimierungsvorhaben auf Kosten des einfachen Dienstes erfolgen.

Dafür treten wir an und setzen uns ein!

**Stärken Sie deshalb den Vertretern der Arbeiter in der AG Justiz mit Ihrer Stimme am 16. und 17. Mai 2006 den Rücken – sie vertreten mit Kompetenz Ihre Interessen!**

## Gruppe der Beamten

<b>Sabine Wenzel</b>  AG Zossen Justizamtsrätin DJG	<b>Burghard Neumann</b>  JVA Brandenburg/H. Oberlehrer BSBD	<b>Martina Flüb</b>  MdJ Justizoberamtsrätin BDR	<b>Petra Schmidt</b>  AG Strausberg Justizamtsfrau DJG	<b>Peter Kassal</b>  JVA Cottbus-Diss. JV-Amtsinspektor BSBD
<b>Simone Baumgärtel</b>  AG Potsdam Rechtspflegerin BDR	<b>Ines Nitsche</b>  STA Potsdam Amtsanwältin DAAV	<b>Doreen Piontek</b>  JVA Brandenburg/H. JV-Obersekretärin BSBD	<b>Harry Batjuta</b>  JVA Neurup.- Wulkow Leiter Werkdienst BSBD	<b>Bodo Schubert</b>  JVA Luckau-Duben JV-Hauptsekretär BSBD

### **Weitere Kandidaten (leider ohne Bild):**

<b>Kathleen Streiter</b>	Justizobersekretärin,	Brbg. OLG, DJG
<b>Detlef Kanzler</b>	Bewährungshelfer,	LG Cottbus, DJG
<b>Udo Jawinsky</b>	Betriebsinspektor,	JVA Luckau-Duben, BSBD
<b>Ursula Mücke</b>	Justizobersekretärin,	AG Perleberg, DJG
<b>Sylvia Zeising</b>	Reg. Amtsinspektorin,	MdJ, DJG
<b>Eveline Läbe</b>	JV-Obersekretärin,	JVA Luckau-Duben, BSBD
<b>Olaf Mieth</b>	JV-Amtsinspektor,	JVA Luckau-Duben, BSBD
<b>Jan Wolf</b>	Systembetreuer,	JVA Luckau-Duben, BSBD

Besoldungskürzungen, Stellenreduzierungen, erhöhte Arbeitsbelastung, einschneidende Verschlechterungen in allen sozialen Belangen muten die Politiker ihren Beamten zu. Deshalb ist es mehr als wichtig, die beruflichen und sozialen Belange der Beamten in Justiz und Justizvollzug des Landes Brandenburg zu wahren und ihre Interessen mit Augenmaß zu vertreten.

**Dafür treten unsere Kandidaten an, denen Sie durch Ihre Stimme am 16. und 17. Mai 2006 den Rücken stärken sollten – sie vertreten mit Kompetenz Ihre Interessen!**

**Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung vor dem Verwaltungsgericht Potsdam wurde durch die Landesvorsitzende Sabine Wenzel am 19. April 2006 eingereicht.**

Anlaß dieses Antrages ist aus Sicht der DJG die **unkorrekte Verfahrensweise** des Wahlvorstandes für die Wahl zum Bezirkspersonalrat beim Brandenburgischen Oberlandesgerichts **in der Behandlung der Wahlvorschläge der „AG Justiz“ und die Begünstigung der Vorschläge der Gewerkschaft Ver.di**, auf denen drei der fünf Mitglieder des Wahlvorstandes kandidieren.

**Die DJG sieht hierin die Gefahr, dass sich dieses nicht neutrale Verhalten des Wahlvorstandes fortsetzt und so zu einem Wahlergebnis führt, welches wesentlich durch das parteiische Verhalten des Wahlvorstandes beeinflusst ist. Dieses ist zu verhindern.**

**Dem Vorstand ist bekannt, dass ein weiterer Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Verfahrensweise des Bezirkswahlvorstandes beim VG Potsdam anhängig ist.**

**Nur in diesem Falle gilt: „Abwarten und Tee trinken“**

### **Wir lassen nicht locker!**

Auf Einladung des FDP- Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Heinz Lanfermann, die wir dankend annahmen, setzten wir unsere Gespräche zu den Plänen der Brandenburgischen Landesregierung zur Zusammenlegung von Amtsgerichten am 24.02.2006 fort. Schnell entwickelte sich ein angeregtes Gespräch auch zur Thematik der Errichtung eines gemeinsamen Mahngerichts Berlin – Brandenburg, der geplanten Zentralisierung der Grundbuchämter und zum Konzept der Reduzierung der Amtsgerichte. Für die FDP Brandenburg nahmen neben Herrn Lanfermann, Frau Andrea Debus, Vorsitzende des Landesfachausschusses Innen und Recht, Richterin am Finanzgericht Cottbus, an dem Gespräch teil. Mit der Gesamtproblematik, insbesondere mit den Auswirkungen auf die rechtsuchenden Bürger, hat und wird sich der Landesfachausschuss weiterhin beschäftigen.



Es wurde vereinbart, eine gemeinsame Presserklärung zu den Ergebnissen des Gesprächs herauszugeben.

### **Unterschriftenaktion gegen die Reduzierung von Amts- und Arbeitsgerichten**

Am 24. 03. 2006 kam es zu einem landesweiten Treffen von Justizbediensteten, Vertretern der Städte und Gemeinden, von Wirtschaftsverbänden, Rechtsanwaltsvereinigungen sowie Richterräten u. a. m. , deren Amtsgericht aufgrund der „Konzeption zur sachgemäßen Reduzierung von Amts- und Arbeitsgerichten im Lande Brandenburg“ geschlossen werden sollen.

Die Teilnehmer dieser Veranstaltung haben sich energisch gegen die Schließungspläne ausgesprochen und brachten zum Ausdruck, dass die angeblichen Einsparungen für das Land im Gesamtergebnis nicht realistisch sei, dass aber in jedem Falle erhebliche finanzielle, zeitliche und sonstige Belastungen für die Bürger- und natürlich auch für die Justizbediensteten – entstehen und damit auch die Rechtssicherheit der Bürger in Frage gestellt ist.

**Als erste gemeinsame Aktion wurde beschlossen, bis zum 01. Mai 2006 ca. 50.000 Unterschriften gegen die Schließung der Gerichte einzusammeln, um die Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam zu machen und die Politiker zum Nachdenken zu bewegen.**



Die nunmehr landesweite Initiative gegen die Schließungsabsichten der Landesregierung wählte einen **Sprecherrat, dem auch die Landesvorsitzende der DJG, Sabine Wenzel**, angehört.

Der Vorstand der DJG hat in Auswertung dieser Veranstaltung beschlossen, sich aktiv und durch persönliche Präsenz bei den betroffenen Amtsgerichten, an den Unterschriftenaktionen zu beteiligen.



**Die Kolleginnen und Kollegen aller Gerichtsbarkeiten im Lande Brandenburg sowie die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wurden gebeten, sich solidarisch an dieser Unterschriftenaktion zu beteiligen, denn die „Sparwut“ der Landesregierung ist noch lange nicht erschöpft....und sie ist grenzenlos!**

Die bisherigen Reaktionen auf diese Aktion sind großartig und überwältigend.

Es geht den Menschen in unserem Lande **tatsächlich um „Ihr Amtsgericht“** – vermutlich als Symbol für Sicherheit, Gerechtigkeit, Schutz, Geborgenheit und um die Garantie erworbener demokratischer Rechte.

**Vorstandsmitglieder** haben jeweils an den

**Wochenenden persönlich Unterschriften** in den betroffenen Städten eingesammelt und konnten so den entschlossenen Willen der Menschen und ihre Verbundenheit zur Justiz und den Gerichtsgebäuden spüren.

rbb - Brandenburg berichtete in den Nachrichten vom Auftakt der Aktion aus Bad Freienwalde am 01. April 2006. Die lokalen Zeitungen werden nicht müde, von den einzelnen Stationen unserer Einsätze weiterhin zu berichten.

**Nächste Einsätze : 29. April ab 9.00 Uhr in Senftenberg vor dem Schlosspark - Center  
01. Mai ab 9.00 Uhr in Zossen beim „Fest der Vereine“ gemeinsam mit  
Rechtsanwaltsverein Zossen**

**Allen Kolleginnen und Kollegen bereits jetzt herzlichen Dank für die solidarische Unterstützung beim Einsammeln von Unterschriften.**

Über das Ergebnis der Aktion und den weiteren Verlauf werden wir selbstverständlich zeitnah informieren.

**Gendarstellung zu Informationen der Deutschen Justiz-Gewerkschaft Landesverband Brandenburg e.V. vom 29. November 2005, 6. Dezember 2005, und „Infoblatt der DJG Brandenburg“ Ausgabe Dezember 05 (auch Internet)**

In mehreren Informationen, u. a. vom 29. November 2005, 6. Dezember 2005, und „Infoblatt der DJG Brandenburg“ Ausgabe Dezember 2005 (auch im Internet veröffentlicht) berichtet der Deutsche Justiz-Gewerkschaft Landesverband Brandenburg e.V. durch seine Landesvorsitzende Sabine Wenzel unter der Überschrift „Strafvorwurf der Veruntreuung gerichtlich festgestellt“ über einen Schuldspruch des Amtsgericht Zossen vom 24. November 2005. Diese Beiträge enthalten unrichtige Behauptungen, die ich wie folgt richtig stelle:

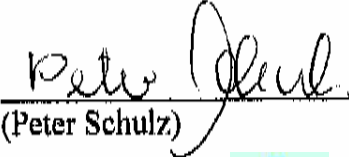
1. Unrichtig ist, dass ich mich persönlich zum Nachteil der Deutschen Justiz-Gewerkschaft bereichert habe. Dies wurde mir in dem Verfahren bei dem Amtsgericht Zossen auch nicht zur

Last gelegt und es wurde auch nicht, wie von der DJG behauptet, gerichtlich festgestellt, dass ich mich unter Nutzung meines Amtes vorsätzlich persönlich bereichert habe. In dem Verfahren ging es allein darum, dass der Deutsche Justiz-Gewerkschaft Landesverband Brandenburg e. V. vorübergehend über Gelder nicht verfügen konnte. Dem Verein ist kein Schaden entstanden. Das Amtsgericht Zossen hat deshalb auch keine Strafe gegen mich verhängt.

2. Unwahr ist auch, dass ich auf mein Privatkonto überwiesene Gelder bisher nur zum Teil und teilweise ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zurückgezahlt habe. Wahr ist, dass ich alle dem Deutsche Justiz-Gewerkschaft Landesverband Brandenburg e.V. zustehenden Gelder zurückgezahlt habe und seit Februar 2003 über keine Gelder dieses Vereins mehr verfüge. Sämtliche Zahlungen sind ohne Vorbehalt erfolgt.

Wegen der falschen Tatsachenbehauptung habe ich Strafanzeige erstattet.

Berlin, 05. Januar 2006

  
(Peter Schulz)



**Wir weisen auf folgende Fakten zusätzlich hin!**



1. Die Gegendarstellung wurde **auf Veranlassung der Rechtsanwälte** des Herrn Peter Schulz abgedruckt.
2. Gegendarstellungen **müssen unabhängig von Ihrem Wahrheitsgehalt** (§ 12 Pressegesetz Brandenburg) publiziert werden.
3. Das **Urteil des Amtsgerichts Zossen vom 24.11.2005, Az: 10 Ds 563/03 ist seit dem 19.12.2005 rechtskräftig.**
4. Das Urteil lautet in Auszügen wie folgt:  
„[...] Mittels Online Banking überwies er vom Konto der DJG bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, Konto - Nr. 3611004498, BLZ: 16050000 **am 24.12.2002** unter dem Verwendungszweck: „VWZ - Seminar“ **2.234,00 Euro** und am **12.11.2002** unter dem Verwendungszweck: „Ausgleich“ **1.476,00 Euro auf sein Privatkonto** bei der Sparda Bank Berlin, Konto - Nr.  
[...] **obwohl er wusste, dass er auf dieses Geld keinen Anspruch hatte.** Infolge der Überweisung konnte die DJG nicht mehr über dieses Geld verfügen.  
[...] Der Angeklagte hat sich somit zweier Vergehen der Untreue schuldig gemacht.  
[...] Im Rahmen der Rechtsfolgeentscheidung war **strafmindernd zu berücksichtigen,** dass sich der **Angeklagte geständig eingelassen hat und er nicht vorbestraft ist.**“
5. **Das durch Herrn Schulz eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Sabine Wenzel, Az. der Staatsanwaltschaft Potsdam: 456 Js 11275/06, wurde eingestellt.**
6. Dem Vorstand sind **weitere Überweisungen** an Herrn Schulz aus dem Jahre 1999 bekannt geworden.  
Für die **Personalratsschulung im Jahre 1999** wurden Beträge von insgesamt **4.443,13 Euro auf sein Privatkonto** bei der Sparda Bank Berlin überwiesen. Deswegen ist **Zivilklage** beim Amtsgericht anhängig.

Wichtig!!

Wichtig!!

Wichtig!!

Wichtig!!

### Lohnunterlagen aus der ehemaligen DDR

von der Deutschen Rentenversicherung (ehemals BfA) wurde folgende wichtige Information zu Lohnunterlagen aus der ehemaligen DDR mitgeteilt:

Wenn Sie noch keine Kontenklärung veranlasst haben, ist ein wichtiger Termin zu beachten. **Am 31. Dezember 2006 endet die gesetzlich vorgeschriebene Aufbewahrungsfrist für Lohnunterlagen aus der ehemaligen DDR.**

Sie haben die Möglichkeit, bis zu diesem Zeitpunkt unvollständige unleserliche Eintragungen oder gar komplette SV-Ausweise durch ersatzweise Heranziehung von Lohnunterlagen des Betriebes, in dem Sie beschäftigt waren, Eintragungen vornehmen zu lassen.

Von Betrieben, die nicht mehr existieren, werden die Lohnunterlagen in Lohnarchiven aufbewahrt, so dass auch hier gute Erfolgsaussichten für eine Recherche bestehen, aber nur **bis zum 31. Dezember 2006.**

### Kurz Notiert

#### ***-Arbeitgeber müssen Nebenjob zulassen***

Ein Arbeitgeber darf Mitarbeitern nicht sämtliche Nebenbeschäftigungen verbieten oder genehmigungspflichtig machen. Das hat das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz entschieden. Ein solches Verbot sei nur zulässig, soweit es sich um Nebentätigkeiten handele, die die Interessen des Arbeitgebers beeinträchtigen. Damit scheiterte die Klage eines Arbeitgebers auf Zahlung einer Vertragsstrafe. Urteil des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz, Az: 8 Sa 69/05

#### ***- Mindestanspruch auf Weiterbildung***

An dieser Stelle wird nochmals darauf hingewiesen, dass der Sozialtarifvertrag (§ 8) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Anspruch auf Fort- und Weiterbildung von insgesamt fünf Arbeitstagen pro Kalenderjahr bzw. auf eine Umschulung im zeitlich erforderlichen Umfang, sichert, sofern den Beschäftigten ein anderweitiger Arbeitsplatz angeboten wird.

#### ***- Fahrt nach Straßburg***

Die Ausschreibungen für die Fahrten nach Straßburg sind auf sehr großes Interesse unserer Mitglieder gestoßen. Leider konnte auf Grund (im Nachhinein genannter knapper) freier Plätze nur eine geringe Anzahl an Teilnehmern gemeldet werden. Die Zusagen an die „Glücklichen“ gehen in den nächsten Tagen heraus. Die Kolleginnen und Kollegen, die leider nicht berücksichtigt werden konnten, werden automatisch für die Fahrt im kommenden Jahr vorgemerkt.

#### ***- Fahrt in die Wachau***

Denkt daran, die Anmeldefrist für die Fahrt in die Wachau läuft am 31. Mai 2006 ab

#### ***- Besuch der Jufa´s beim OSZ in Brandenburg an der Havel***

Sabine Wenzel und Sebastian Wille suchten das Oberstufenzentrum der Stadt Brandenburg a. d. H auf, um den Justiz- und Fachangestellten nahe zu bringen, dass sie neben den Pflichten auch Rechte haben, die sie durchsetzen können. Die Jugendlichen waren sehr interessiert an EU-Jugendprojekten, die der Vorstand nun in Zusammenarbeit mit der Schulleitung und den Europa Abgeordneten vorstellen und möglicherweise umsetzen will. Erste Gespräche mit den Verantwortlichen wurden dazu bereits geführt.

**- Auswertung des Gespräches mit Herrn Koldehoff- Abteilungsleiter III beim MdJ**

Die ausführliche Auswertung des Gespräches erfolgt nach Genesung der Sprecherin unserer Fachgruppe „Soziale Dienste“

**- Mahngericht Berlin-Brandenburg**

Die Landesvorsitzende Sabine Wenzel hat am 24. April 2006 mit interessierten Kolleginnen aus den Amtsgerichten Nauen und Oranienburg die Besichtigung des Mahngerichts in Berlin – Wedding durchgeführt. Im Mittelpunkt stand das Kennenlernen der besonderen Arbeitsweise des Mahngerichts. Dazu fanden auch Gespräche mit dem Präsidenten statt.

Organisatorische Unterstützung erhielten wir dabei vom Landesvorstand DJG – Berlin.

ber die Anhörung der Landesvorsitzenden zum Gemeinsamen Mahngericht Berlin-Brandenburg vor dem Rechtsausschuss des Landtages am 23.03.2006 wird auf die Ausgabe DJG – aktuell vom 24. März 2006 verwiesen.

**- Treffen gefällig?**

Der Vorstand **plant am 10. Juni 2006 im Zossener Buro ein Arbeitstreffen mit den gewählten Mitgliedern** der Personalvertretungen, in dem die künftigen Ziele und der Umgang mit den Problemen der Beschäftigten beraten werden soll. Wer an diesem Treffen interessiert ist, bitte bei Michl Manze (LG Cottbus) melden. Wir wollen nebenbei auch grillen!

**- Wo seid ihr Sprachtalente?**

Immer noch sind wir auf der Suche nach Mitgliedern, die der Fremdsprachen wie französisch, polnisch, englisch etc. mächtig sind und uns unterstützen wollen. Meldet Euch doch bitte!

**Herzlichen Dank an die Debeka - Versicherung**

Wir möchten uns recht herzlich bei der **Debeka - Versicherung** dafür bedanken, dass wir die schönen Räumlichkeiten in **Potsdam, Weinmeisterstrae am 24.03.2006 und zum Gespräch mit Frau Vohoff am 26.04.2006 nutzen durften und so nett und grozugig bewirtet wurden.**

**Was können wir verändern oder verbessern? Was kommt zu kurz?  
Eure Meinung ist uns wichtig.**



DJG Vorsitzende: Sabine Wenzel,  
Goethestrasse 28,  
15834 Rangsdorf.  
e-mail : [wenzelsabine@t-online.de](mailto:wenzelsabine@t-online.de)